

Rahmenvertrag
für die Erbringung von Engineering Dienstleistungen
im Bereich «IKT-Standarddienste Büroautomation»
für das Informatiksteuerungsorgan des Bundes

basierend auf der Vergabe der öffentlichen Ausschreibung

WTO (19212) 608 BA-ENG-18

publiziert auf der Plattform www.simap.ch (Nr. xxxxxx / xx.xx.2019)

zwischen der

Schweizerischen Eidgenossenschaft, handelnd durch das

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB

Schwarztorstr. 59
3003 Bern

nachstehend « *Vergabestelle* » oder « *Auftraggeber* » genannt

und der Unternehmung

FIRMA

(genaue Firmenbezeichnung mit vollständiger Adresse)

nachstehend « *Firma* » oder « *Auftragnehmer* » genannt

Inhalt

1	Vertragsgegenstand	3
2	Vertragsbestandteile	4
3	Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen	5
4	Leistungen der Firma	6
4.1	Leistungsbeschreibung	6
4.2	Prozess der Leistungsvereinbarung (Abrufverfahren).....	6
5	Qualitätssicherung	7
6	Mitwirkungsobliegenheiten des Auftraggebers	7
7	Schlüsselpersonen	7
8	Eskalationsverfahren	9
9	Change Management (Leistungsänderungen)	9
10	Erfüllungsort	9
11	Termine	10
12	Vergütung	10
13	Rechnungsstellung / Zahlungsplan.....	11
14	Sozialleistungen	11
15	Konventionalstrafen.....	11
16	Schutzrechte	11
17	Gewährleistung und Haftung	12
18	Weitere Bestimmungen	12
18.1	Integritätsklausel	12
18.2	Selbstdeklaration.....	12
18.3	Personensicherheitsprüfung.....	12
18.4	Subunternehmer / sonstige Bestimmungen	12
19	Dokumentation und Abschlussarbeiten	13
20	Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis	13
21	Keine einfache Gesellschaft	13
22	Anwendbares Recht / Gerichtsstand	13
23	Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer / Rahmenvertragsänderungen	13
24	Ordentliche und ausserordentliche Kündigung	14
24.1	Ordentliche Kündigung	14
24.2	Ausserordentliche Kündigung aus wichtigem Grund.....	14
25	Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien.....	15

Ausgangslage, Projektbeschreibung und Ziele

Auf Grundlage der öffentlichen Ausschreibung sowie der dazugehörigen Unterlagen auf der Publikationsplattform www.simap.ch hat die Firma ein Angebot zu den von der Vergabestelle nachgefragten Leistungen eingereicht. Der Firma wurde mit Publikation **Nr. xxx** auf www.simap.ch am (**Datum**) der Zuschlag erteilt. Die diesbezüglichen vertraglichen Bedingungen werden in der vorliegenden Vertragsurkunde sowie den dazugehörigen Bestandteilen geregelt.

Die zu realisierenden Projekte können zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nur teilweise bestimmt werden. Infolge dieser Ausgangslage vereinbaren die Parteien einen Rahmenvertrag.

Gestützt auf den vorliegenden Rahmenvertrag werden mit Bezug auf die Realisierung einzelner Projekte jeweils Einzelverträge in Form von Dienstleistungen und/oder Werken zwischen der Firma und dem Auftraggeber vereinbart. Verbindliche projektbezogene Leistungen ergeben sich jeweils erst aus den Einzelverträgen; aus der vorliegenden Vereinbarung ergibt sich keine Bezugspflicht der Vergabestelle.

1 Vertragsgegenstand

Der vorliegende Rahmenvertrag regelt die grundsätzlichen Rechte und Pflichten der Parteien für die Erbringung von Engineering-Leistungen im Umfeld der Büroautomation und der Bereitstellung von zentralen IKT-Standarddiensten.

Er bezweckt insbesondere die Herstellung eines koordinierten Prozesses im Rahmen der Realisierung von Einzelprojekten sowie die Harmonisierung der Abläufe mit Blick auf die bestehenden und zukünftigen Geschäftsbeziehungen.

2 Vertragsbestandteile

Die Bestimmungen der vorliegenden Vertragsurkunde gehen im Fall von Widersprüchen sämtlichen anderen Einzelverträgen und Nachträgen vor, sofern die Parteien darin nicht ausdrücklich und unter Hinweis auf eine Abweichung der vorliegenden Vertragsurkunde eine andere Regelung vorsehen.

Im Übrigen sind integrierende Bestandteile des vorliegenden Rahmenvertrages in nachstehender Rangfolge:

- a) Die vorliegende Vertragsurkunde inkl. allfälliger Nachträge dazu;
- b) Die Anhänge zur vorliegenden Vertragsurkunde;
- c) Die Ausschreibung sowie die dazugehörigen Unterlagen (insbesondere Pflichtenheft) für das Projekt BA-ENG-18;
- d) Sämtliche Einzelverträge inklusive allfälliger Nachträge dazu;
- e) Sämtliche Anhänge zu den Einzelverträgen inklusive allfälliger Nachträge dazu;
- f) Es kommen die aufgrund der im jeweiligen Einzelvertrag vereinbarten Leistungsgegenstände anwendbaren Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundes zur Anwendung. Das heisst: die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundes für Dienstleistungsaufträge (Ausgabe September 2016), nachstehend „AGB-DL“ genannt;
- g) Das Angebot der Firma vom (Datum) sowie deren Nachofferte vom (Datum).

Im Falle von Widersprüchen zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen gilt die vorstehend genannte Rangfolge.

Bei Widersprüchen zwischen den Anhängen innerhalb derselben Hierarchiestufe gilt, dass jüngere Bestimmungen älteren Bestimmungen vorgehen.

Das Angebot der Firma darf die anderen Vertragsbestandteile nicht modifizieren, sondern dient nur der Konkretisierung von Punkten, welche in den anderen Vertragsbestandteilen nicht hinreichend geregelt sind.

Die Vertragsparteien bestätigen mit der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages, dass sie im Besitze der obengenannten Vertragsbestandteile sind und diese auch in der genannten Rangfolge anerkennen.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma sind wegbedungen.

3 Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen

Aus dem vorliegenden Rahmenvertrag entsteht für die Vergabestelle keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme irgendwelcher Leistungen (insbesondere keine Bezugspflicht beziehungsweise keine Mindestbezugspflicht oder dgl.) bei der Firma. Eine solche Pflicht entsteht ausschliesslich nur gestützt auf die Vereinbarung eines unter Bezugnahme und Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages zwischen den Parteien abgeschlossenen Einzelvertrages.

Der Abschluss eines gültigen und verbindlichen Einzelvertrages bedingt die Gültigkeit des vorliegenden Rahmenvertrages.

Die Beendigung des vorliegenden Rahmenvertrages führt nicht zur Beendigung eines während seiner Geltungsdauer und auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages. Die Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages gelten in diesem Falle als Bestandteil des auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages bis zu dessen Beendigung fort.

Einzelverträge werden grundsätzlich für die Dauer der einzelnen Vorhaben abgeschlossen. Dies bedeutet, dass Einzelverträge maximal zwei Jahre über die Dauer des vorliegenden Rahmenvertrages hinaus vereinbart werden können, sofern der WTO-Maximalwert noch nicht erreicht ist.

4 Leistungen der Firma

4.1 Leistungsbeschreibung

Die Firma erbringt gestützt auf den jeweils zwischen dem Auftraggeber und der Firma abgeschlossenen Einzelvertrag während der Rahmenvertragslaufzeit die darin vereinbarten Leistungen im Zusammenhang mit auftragsrechtlichen Leistungen im Umfeld von Dienstleistungen im IKT-Engineering Standarddienste gemäss der Ausschreibung BA-ENG-18. Inhalt und Umfang der einzelnen Leistungen der Firma unter Einschluss von Preisen, Terminen, Erfüllungsort und allenfalls weiteren Vereinbarungen ergeben sich aus dem jeweiligen Einzelvertrag. Optionale Leistungen können durch den jeweiligen Auftraggeber ganz, teilweise oder gar nicht bezogen werden.

4.2 Prozess der Leistungsvereinbarung (Abrufverfahren)

Die Verhandlung und Vereinbarung des Einzelvertrages erfolgt gemäss dem nachstehend beschriebenen Prozess:

1. Der Bedarfsträger erstellt in jedem späteren Abruf für die geforderte Kompetenz-Stufe eine möglichst detaillierte Beschreibung der Anforderungen an die benötigten Leistungen für die Bereitstellung der spezifischen Lieferobjekte, welche insbesondere eine ausführliche Beschreibung der zu erreichenden Arbeitsergebnisse und -ziele und der zu erbringenden Arbeitsleistungen enthält. Es können auch sich aus den benötigten Leistungen ergebende Anforderungen an die einzusetzenden Mitarbeitenden aufgestellt werden. Der Anbieter bleibt im Übrigen aber frei, wie er die Arbeitsergebnisse und -ziele erreichen will. Der Bedarfsträger stellt diese Beschreibungen elektronisch als Angebotsanfrage den Zuschlagsempfängern zu. Die zu erbringenden Leistungen können im Verlauf der Leistungserbringung von mehr als den angebotenen Schlüsselpersonen erbracht werden, sofern dies im Abruf so definiert wird und die Gesamtleistung unverändert bleibt. Die gewünschten Leistungen können teilweise auch von Personen auf tieferen Kompetenzstufen (S2-S3) erbracht werden, sofern dies im Abruf so definiert wird.
2. Die Zuschlagsempfänger unterbreiten innert der vorgesehenen Frist elektronisch ein Angebot mit folgenden Angaben:
 - a. Angaben zur Leistungserfüllung und zum Vorgehen basierend auf dem Lastenheft und dem Kriterienkatalog im Abrufverfahren;
 - b. Verfügbarkeit im Rahmen der vom Bedarfsträger vorgegebenen Termin- und Kapazitätsplanung;
 - c. Stundensatz: Die Anbieter dürfen im Abrufverfahren keinen höheren Stundensatz anbieten als im Angebot der WTO.
 - d. Auflistung der für die Leistung vorgesehenen Mitarbeitenden inkl. Rolle/Kompetenz-Stufe, Lebenslauf, Referenzen und Referenzprojekte.
3. Das korrekt elektronisch eingereichte Angebot wird mit den anderen Angeboten des Abrufverfahrens verglichen.
4. Der Anbieter mit der höchsten erreichten Punktzahl erhält den Auftrag.
5. Es kann jedoch verbundene Abrufe geben, bei welchen in einem ersten Abruf das Erstellen einer Leistung und parallel dazu in einem zweiten Abruf zur gleichen Sache ein Gutachten im Sinne einer Zweitmeinung oder eines Audits ausgeschrieben werden. Der Gewinner des ersten Abrufs ist somit von der Zuschlagserteilung für den zweiten gleichzeitig veröffentlichten Abruf ausgeschlossen. Solche Abhängigkeiten in der Zuschlagserteilung müssen in den gleichzeitig zu veröffentlichen Abrufen gleichlautend erwähnt werden.
6. Muss der Gewinner der Ausschreibung aus wichtigen Gründen auf den Zuschlag verzichten, wird der Zuschlag unter den verbliebenen Teilnehmern des Abrufverfahrens

neu ermittelt und das Ergebnis elektronisch allen Zuschlagsempfängern aus der WTO-Ausschreibung mitgeteilt.

7. Die unterlegenen Anbieter aus dem Abrufverfahren können beim Bedarfsträger innerhalb von 10 Tagen ein mündliches Debriefing verlangen. In begründeten Fällen können die unterlegenen Anbieter aus dem Abrufverfahren eine Überprüfung durch die verantwortliche Stelle der ursprünglichen WTO-Ausschreibung mit anschliessendem mündlichen Debriefing erwirken. Das Abrufverfahren kennt keine Rechtsmittel. Entscheide der verantwortlichen Stelle der ursprünglichen WTO-Ausschreibung sind abschliessend.
8. Der Bedarfsträger erstellt den Einzelvertrag inkl. Information der Rechnungsstellung und leitet diesen an den Auftragnehmer weiter zur Unterzeichnung. Der Beginn der Arbeiten erfolgt frühestens nach Unterzeichnung durch beide Parteien.

Im Einzelvertrag kann jederzeit auf weitere Dokumente verwiesen werden, insbesondere auf Normen, Vorgaben der BVerw, Spezifikationen, Pflichtenheft, Angebot, Merkblätter usw. Die auftragsspezifischen Bestimmungen ergeben sich aus der jeweiligen Einzelvereinbarung. Der Auftraggeber behält sich vor, Folgeaufträge, Weiterentwicklungen, Umsetzungsvorhaben oder Zusatzleistungen im moderatem Ausmass direkt dem ursprünglichen Auftragnehmer des Abrufs zu vergeben. Solche Zusatzaufträge können auch entstehen, wenn übergeordnete Vorhaben wie Programme oder Schlüsselprojekte zu nicht beeinflussbaren Anpassungen und Zeitverzögerungen führen.

5 Qualitätssicherung

Die Leistungsgüte der Firma und der eingesetzten Mitarbeitenden wird periodisch und bezogen auf das jeweilige Projekt, für das sie tätig ist, vom Auftraggeber bewertet; die Ergebnisse werden zwischen den fachlichen und kommerziellen Schlüsselpersonen der Vertragsparteien besprochen.

Relevante Faktoren bei der Beurteilung sind:

- Termintreue und Aufwandstreue
- Qualität der Lieferobjekte / Dienstleistungen
- Qualität der Mitarbeitenden
- Qualität der Angebote im Abrufverfahren
- Dokumentation der Leistungsergebnisse
- Preis-Leistungsverhältnis

Resultierend aus den Einzelbewertungen erfolgt eine Gesamtbewertung über alle Einzelbewertungen, welche die Zufriedenheit über den beobachteten Zeitraum wiedergibt. Können die Beanstandungen nicht einvernehmlich behoben werden, kann für die Bereinigung das Eskalationsverfahren genutzt werden.

6 Mitwirkungsobliegenheiten des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat die folgenden Mitwirkungsobliegenheiten:

Zur Verfügung Stellung der für die vertragsgemässe Leistungserbringung notwendigen Informationen, Daten oder Kontaktpersonen, sofern die Firma keinen Zugang dazu hat. Zusätzliche Mitwirkungsobliegenheiten können bei Bedarf im Einzelvertrag vereinbart werden.

7 Schlüsselpersonen

Auf Seite der Firma liegt die Gesamtverantwortung (single point of contact, SPOC) bei der vorgesetzten Stelle der angebotenen Mitarbeiter:

Name, Vorname, E-Mail, Tel. Nrn. Festnetz und Mobil

Name, Vorname, E-Mail, Tel. Nrn. Festnetz und Mobil (Stv.)

Auf Seite des Auftraggebers liegt die Gesamtverantwortung bei:

Name, Vorname, E-Mail, Tel. Nrn. Festnetz und Mobil

Name, Vorname, E-Mail, Tel. Nrn. Festnetz und Mobil (Stv.)

Die eingesetzten Mitarbeitenden und Schlüsselpersonen bei der Firma, ergeben sich aus dem Angebot der Firma sowie aus dem jeweiligen Einzelvertrag.

Der freiwillige Austausch von eingesetzten Schlüsselpersonen und Mitarbeitenden bei der Firma ist nur mit vorgängig eingeholter Zustimmung durch den Auftraggeber zulässig.

8 Eskalationsverfahren

Im Falle von Uneinigkeiten erfolgt die Bereinigung gemäss dem nachstehenden Eskalationsverfahren.

Eskalationsstufen auf Seiten der Vergabestelle:

Eskalationsstufe	Beteiligte
1	Projektleiter
2	Projektauftraggeber auf Seiten des Auftraggebers
3	Direktionsstufe

Eskalationsstufen auf Seiten der Firma:

Eskalationsstufe	Beteiligte
1	(Vorname Name, Funktion innerhalb der Unternehmung und Position)
2	(Vorname Name, Funktion innerhalb der Unternehmung und Position)
3	(Vorname Name, Funktion innerhalb der Unternehmung und Position)

Das Eskalationsverfahren hat keinen Einfluss auf die geltende Unterschriftenregelung. Sobald eine Einigung erzielt werden konnte, ist für allfällige Vertragsanpassungen oder rechtsverbindliche Vertragsauslegungen innert nützlicher Frist die Zustimmung der jeweils zeichnungsberechtigten Personen einzuholen.

Sollte binnen 30 Tage innerhalb einer Stufe keine Einigung erzielt werden können, so ist jede Partei berechtigt, die Meinungsdivergenz der nächsthöheren Ebene - bzw. nach dem Erreichen der höchsten Ebene, dem zuständigen Gericht - schriftlich zu unterbreiten. Dabei sind mindestens zu nennen: Inhalt der Meinungsverschiedenheit, Ursache aus Sicht der betreffenden Partei, Auswirkungen auf das Preis- und Leistungsverhältnis, Lösungsvorschlag bzw. -ansätze.

Die Parteien wenden dieses Instrument nach Treu und Glauben mit dem gemeinsamen Ziel der einvernehmlichen Bereinigung von Meinungsdivergenzen an. Jede Partei trägt dabei ihren eigenen Aufwand.

Das Eskalationsverfahren muss nicht durchlaufen werden, sofern es offensichtlich sinnlos bzw. zwecklos ist (namentlich Konkursfall der Firma, Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien tief erschüttert etc.).

9 Change Management (Leistungsänderungen)

Die Parteien können jederzeit im Rahmen der Erfüllung abgeschlossener Einzelverträge schriftlich Änderungen der vereinbarten Leistungen beantragen. Wünscht der Auftraggeber eine Änderung, teilt die Firma innert 10 Arbeitstagen schriftlich mit, ob die Änderung möglich ist und welche Auswirkungen sie insbesondere auf die zu erbringenden Leistungen, die Vergütung und die Termine hat. Der Auftraggeber entscheidet sich innert der gleichen Frist, ob die Änderung ausgeführt werden soll. Wünscht die Firma eine Änderung, so nimmt der Auftraggeber den begründeten Antrag innert der gleichen Frist an oder lehnt ihn ab.

Leistungsänderungen und allfällige Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden vor der Ausführung in einem Nachtrag zum jeweiligen Einzelvertrag schriftlich festgehalten.

Das im vorliegenden Vertrag sowie auch das im jeweiligen Einzelvertrag festgelegte Kostendach bzw. der Festpreis sind zu beachten.

10 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist die nachstehend genannte Adresse der Vergabestelle. Abweichende Regelungen ergeben sich aus dem Einzelvertrag.

11 Termine

Soweit in den Einzelverträgen vereinbarte Termine ausdrücklich als verzugsbegründend benannt sind gilt:

- Mit unbenutztem Verstreichen der Termine gerät die Firma ohne weiteres in Verzug, d.h. ohne dass es einer Mahnung seitens des Auftraggebers bedarf.
- Gerät die Firma in Verzug, schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss den Bestimmungen der im Einzelvertrag anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 8)

12 Vergütung

Die Firma erbringt die Leistungen nach Massgabe der vorliegenden Vereinbarung und gestützt auf den jeweils abgeschlossenen Einzelvertrag wie folgt:

- entweder zum Festpreis (inkl. Kalkulation der Aufwände in Stunden pro Personenprofil) oder
- nach Aufwand mit oberer Begrenzung der Vergütung (Kostendach). Die anwendbaren Stundenansätze ergeben sich aus dem jeweiligen Angebot der Firma im Abrufverfahren.

Der maximale Beschaffungswert für alle aus diesem Rahmenvertrag abrufbaren Leistungen ergibt sich aus der Publikation der Vergabe im Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz www.simap.ch:

Maximale Vergütung für Leistungen in CHF exkl. MWST:

CHF 18'000'000.--; max. Stundensatz: CHF xxxx.—

Alle Preise verstehen sich exklusive der zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung gültigen Mehrwertsteuer.

In den Preisen sind sämtliche Nebenkosten (im Besonderen Spesen, Reisekosten, Kommunikationskosten, Versicherungen, Sozialversicherungskosten/-beiträge etc.) enthalten und wenn gefordert im Rahmen des Abrufverfahrens gesondert auszuweisen.

Es gelten die folgenden Vorbehalte:

- Es besteht für die Firma kein Anspruch darauf, dass der Auftraggeber Leistungen bis zum Erreichen des vorgenannten maximalen Beschaffungsvolumens abruft;
- Es werden nur gestützt auf im jeweiligen Einzelvertrag vereinbarungsgemäss erbrachte Leistungen vergütet;
- Die Bedarfsstelle behält sich vor, Leistungen aus diesem Rahmenvertrag und dazugehörigen Einzelverträgen auch zugunsten weiterer Organisationen innerhalb der Bundesverwaltung erbringen zu lassen;
- Abruf der Leistungen erfolgen unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Kredite und dem Stand der Planung der Vorhaben.

Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach: Die Firma erstellt für alle geleisteten Arbeitsstunden einen Rapport, der von beiden Vertragspartnern visiert wird. Der Rapport nennt den genauen Zeitpunkt des Arbeitsbeginns, den Inhalt der Arbeit sowie deren Dauer. Der von der Firma unterzeichnete Arbeitsrapport hat unaufgefordert innert 10 Arbeitstagen seit Monatsende beim Auftraggeber einzugehen. Zahlungen werden - unter der Voraussetzung der Genehmigung der Arbeitsrapporte durch den Auftraggeber - geleistet. Die Genehmigung des Auftraggebers hat dabei innert 10 Tagen seit Erhalt des Rapports zu erfolgen, sofern der Auftraggeber keine Vorbehalte gegen den Rapport anbringt. Allfällige Vorbehalte sind der Firma ebenfalls innert 10 Arbeitstagen seit Erhalt des Rapports schriftlich mitzuteilen.

13 Rechnungsstellung / Zahlungsplan

<http://www.e-rechnung.admin.ch/index.php>

Die Rechnungsstellung wird im Einzelvertrag definiert. Abweichende bzw. ergänzende Vereinbarung vorbehalten, gilt:

- a) Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach: Die Firma stellt monatlich Rechnung. Sie legt der E-Rechnung die jeweiligen genehmigten Rapporte im PDF-Format bei. Der Auftraggeber leistet die Zahlung, sofern er die Leistungsrapporte genehmigt hat.
- b) Bei Leistungen zu einem vereinbarten Festpreis: die Firma stellt nach Genehmigung sämtlicher Rapporte / des Schlussrapports / des Schlussberichts Rechnung.
- c) Bei Leistungen zu einem Festpreis mit Zahlungsplan: Die Firma stellt E-Rechnung für Teilzahlungen gemäss im Einzelvertrag definierten Zahlungsplan zu den vereinbarten Bedingungen. Zahlungen für Teilleistungen werden nur zur Zahlung fällig, sofern die dafür geltenden Voraussetzungen gemäss Einzelvertrag erfüllt sind.

14 Sozialleistungen

Die aufgrund des vorliegenden Rahmenvertrages und gestützt darauf gemäss vereinbarten Einzelverträgen zu erbringenden Tätigkeiten / Leistungen gelten sozialversicherungsrechtlich als selbständige Erwerbstätigkeit. Die Firma ist somit selbst besorgt, die Beiträge für sich und ihre Mitarbeitenden mit ihrer AHV-Ausgleichskasse abzurechnen. Der Auftraggeber schuldet der Firma und deren Mitarbeitenden somit keine Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV, EO, ALV, usw.) oder anderweitige Entschädigungsleistungen, wie namentlich bei Ferien, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Tod.

Sollte die AHV-Ausgleichskasse diesen Vertrag entgegen den Erwartungen in einem späteren Zeitpunkt als unselbständige Erwerbstätigkeit qualifizieren und Sozialversicherungsbeiträge bei der Auftraggeberin einfordern, verpflichtet sich die Auftragnehmerin diese der Auftraggeberin nachträglich gegen Rechnungsstellung innert 30 Tagen zu ersetzen.

15 Konventionalstrafen

Verletzt die Firma Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Lohngleichheit von Frau und Mann (Ziff. 6 der AGB-DL), Termine (Ziff. 8 der AGB-DL) oder Geheimhaltungspflichten (Ziff. 12 der AGB-DL) schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss der entsprechenden Ziffer der AGB. Betreffend Integritätsklausel wird auf nachstehende Ziffer 18.1 verwiesen.

16 Schutzrechte

Alle bei der Vertragserfüllung entstandenen Schutzrechte gehören dem Auftraggeber (Ziff. 11 der AGB-DL). Auch allfällige Eigentumsrechte an den Arbeitsresultaten, welche die externen Mitarbeitenden im Laufe der Vertragserfüllung erzielt bzw. entwickelt oder weiterentwickelt

haben, gehen ausschliesslich auf den Auftraggeber über. Solche Arbeitsergebnisse dürfen von externen Mitarbeitenden selbst oder von der Firma nicht anderweitig verwendet werden.

17 Gewährleistung und Haftung

Die Haftung für diesen Rahmenvertrag ergibt sich aus Ziff. 9 der AGB-DL.

18 Weitere Bestimmungen

18.1 Integritätsklausel

Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen, so dass insbesondere keine Zuwendungen oder andere Vorteile angeboten oder angenommen werden. Bei Missachtung der Integritätsklausel hat die Firma der Vergabestelle eine Konventionalstrafe zu bezahlen. Diese beträgt 10% der Vertragssumme, mindestens CHF 3'000.- pro Verstoss.

Die Firma nimmt zur Kenntnis, dass ein Verstoss gegen die Integritätsklausel in der Regel zur Aufhebung des Zuschlags sowie zu einer vorzeitigen Rahmenvertragsauflösung aus wichtigen Gründen durch die Vergabestelle führt.

18.2 Selbstdeklaration

Die Firma hat mittels Selbstdeklarationsformular der Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) die Einhaltung der anwendbaren Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen und der Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf Lohngleichheit bestätigt (Art. 8 BöB, SR 172.056.1; Art. 6 und 7 VöB, SR 172.056.11) (vgl. auch: <https://www.beschaffung.admin.ch/bpl/de/home/auftraege-bund/selbstdeklarationen.html>).

18.3 Personensicherheitsprüfung

Der Auftraggeber kann bei der Fachstelle PSP VBS eine Personensicherheitsprüfung anfordern. Die eingesetzten Mitarbeitenden der Firma haben sich auf erstes Verlangen des Auftraggebers der Überprüfung der im konkreten Fall erforderlichen Stufe gemäss der Verordnung über die Personensicherheitsprüfungen (PSPV) vom 4. März 2011 (SR 120.4, im Folgenden: PSPV) zu unterziehen. Der vorliegende Vertrag kann ganz oder teilweise aufgelöst werden, wenn die Person/en nicht als unbedenklich beurteilt wird/werden (Art. 154 OR).

Der Auftraggeber entscheidet, ob die Firma verpflichtet wird, die betreffenden Mitarbeitenden innert 14 Tagen durch gleichwertige Personen zu ersetzen, welche den Anforderungen genügen.

Bei einer ganzen oder teilweisen Vertragsauflösung werden im Falle der Erbringung der vereinbarten vertraglichen Leistungen nach Aufwand die nachgewiesen geleisteten Arbeiten zu den vereinbarten Stundensätzen vergütet. Falls jedoch als Entgelt ein Festpreis vereinbart wurde, trägt die Firma das ausschliessliche Risiko, dass für ihre Mitarbeitenden keine Sicherheitserklärungen gemäss Art. 22 Abs. 1 Bst. a PSPV erlassen werden.

18.4 Subunternehmer / sonstige Bestimmungen

Subunternehmer der ersten Stufe sind zugelassen. Zieht der Anbieter zur Leistungserfüllung Subunternehmer bei, übernimmt er die Gesamtverantwortung. Der Anbieter führt alle Beteiligten mit den ihnen zugewiesenen Rollen und Aufgaben auf.

19 Dokumentation und Abschlussarbeiten

Die Firma dokumentiert alle Leistungen in einer Granularität, die dem Kunden die bestimmungsgemässe Nutzung dieser Leistungen, den Betrieb, Unterhalt und Ausbau sowie eine Migration der Leistungen auf einen anderen Anbieter erlaubt.

Bei Beendigung des Rahmenvertragsverhältnisses insgesamt (insbesondere bei Kündigung) sowie bei Beendigung von Leistungen gestützt auf den jeweiligen Einzelvertrag ist dem Auftraggeber eine andauernde und lückenlose Dokumentation der erbrachten Leistungen abzugeben. Diese Dokumentation ist immer Gegenstand der periodischen/projektbezogenen QS-Massnahmen gemäss Ziff. 5.

Die Inhalte der Dokumentation werden im jeweiligen Einzelvertrag genau festgelegt.

Auf Verlangen hat die Firma dem Auftraggeber die Abschluss- und Übergabearbeiten 9 Monate vor Ablauf des Einzelvertragsverhältnisses anzubieten. Diese beinhalten:

- Planung und Realisierung eines Abschluss- und Übergabe-Projekts;
- Nahtlose Übergabe der Leistungen und Lieferobjekte an mögliche, zukünftige Zuschlagsempfänger und diese mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen sowie nichts vorzukehren, was die Übertragung erschweren oder gefährden könnte.

20 Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis

Die Forderungen, die der Firma aus dem vorliegenden Vertragsverhältnis zustehen, dürfen ohne schriftliche Zustimmung der Vergabestelle weder abgetreten, verpfändet noch in sonst irgendeiner Weise belastet werden.

Die Firma hat alle aus diesem Rahmenvertrag und gestützt darauf in Einzelverträgen vereinbarten Rechte und Pflichten seinen allfälligen Rechtsnachfolgern zu überbinden. Eine Übertragung von Rechten und Pflichten oder von Teilen des Vertrages bzw. des gesamten Rechtsverhältnisses bedarf der schriftlichen Zustimmung der Beschaffungsstelle. Die Beschaffungsstelle wird die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigern.

21 Keine einfache Gesellschaft

Die Parteien bilden in keinem Fall eine einfache Gesellschaft im Sinne von Art. 530 ff. des Schweizerischen Obligationenrechtes (SR 220).

22 Anwendbares Recht / Gerichtsstand

Auf Streitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar unter Ausschluss des Kollisionsrechts und des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (Wiener Kaufrecht, CISG, SR 0.221.211.1).

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist **Bern, Schweiz**.

23 Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer / Rahmenvertragsänderungen

Der vorliegende Rahmenvertrag tritt mit dessen Unterzeichnung durch alle Vertragsparteien in Kraft.

Er ist fünf Jahre gültig ab Vertragsunterzeichnung.

Änderungen oder Ergänzungen dieses Rahmenvertrages und dessen Vertragsbestandteile sind nur gültig, wenn sie von den Vertragsparteien schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftlichkeitsvorbehaltes.

24 Ordentliche und ausserordentliche Kündigung

24.1 Ordentliche Kündigung

Der Rahmenvertrag kann mittels ordentlicher Kündigung jeweils auf Ende eines Kalenderjahres mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist gekündigt werden.

Die ordentliche Kündigung für die Einzelverträge kann im jeweiligen Vertragsdokument vereinbart werden.

24.2 Ausserordentliche Kündigung aus wichtigem Grund

Jeder Vertragspartner ist berechtigt, den Rahmenvertrag und/oder die Einzelverträge bei schwerwiegender Verletzung durch die andere Partei aus wichtigem Grund aufzulösen. Vor der Kündigung wird die kündigungswillige Partei der anderen Partei vorgängig eine angemessene Frist setzen, innerhalb welcher sie dieselbe zu vertragskonformer Leistung auffordert.

Die Vergabestelle ist insbesondere berechtigt, den Rahmenvertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn

- über die Firma der Konkurs eröffnet wird oder sie ein Gesuch um Nachlassstundung einreicht oder in Liquidation tritt;
- die Firma die Liquidation (ausgenommen der Fall einer freiwilligen Liquidation zum Zweck der Fusion oder einer Reorganisation) erklärt;
- die Firma mit der Beschlagnahme ihres Vermögens konfrontiert wird;
- die Firma ihren vertraglichen Pflichten trotz schriftlicher Rüge und dem Setzen einer angemessenen Nachfrist nicht nachkommt.

Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund bleiben sonstige Ansprüche der Vertragspartner, einschliesslich Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche sowie Konventionalstrafen und die Geheimhaltungspflichten, unberührt.

25 Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien

Die vorliegende Vertragsurkunde wird zweifach ausgefertigt. Jede beteiligte Partei erhält ein unterzeichnetes Exemplar.

Für die Vergabestelle

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB

Ort und Datum

.....

Peter Trachsel
Leiter IKT-Standarddienste SD

Unterschrift

.....

Peter Fischer

Delegierter für die Informatiksteuerung des
Bundes

Unterschrift

.....

Für die Firma

Firmenname

Ort und Datum

.....

Vor- und Nachname

Funktion

Unterschrift

.....

Vor- und Nachname

Funktion

Unterschrift

.....